

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am
18.09.2008

Tagungsort: Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr
Beginn: 16:00 Uhr
Sitzungspause: 17:35 – 17:50 Uhr
Ende: 18:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Barbara Schneider (SPD)

CDU

Frau Eva Maria Bacso
Frau Gerda-Maria Hirse
Herr Dietrich Kögler
Frau Patrizia Wehmeyer
Herr Achim Weigert

SPD

Herr Ottokar Baum
Frau Elke Gerdes
Herr Ole Heimbeck

ab 16:15 Uhr, TOP 6

FDP

Herr Gebhard Spilker

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Peter Brunnert
Frau Hannelore Pfaff

BfB

Herr Manfred Witte

Von der Verwaltung/Externe Berichterstatter

Herr Klaus Frank (Umweltamt)
Herr Reiner Müller (Immobilienervicebetrieb)

Frau Renate Stude (Büro des Rates)
Herr Martin Ellermann (Büro des Rates, Schriftführer)

Nicht anwesend:

Frau Gudrun Flegel-Hoffmann (Bündnis 90/Die Grünen)
Frau Elke Herting (Bündnis 90/Die Grünen)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Bezirksvorsteherin Schneider begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei.

-.-.-

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum

Frau Sieglinde Brinkmann, Eggeweg 4,
fragt bezüglich des geplanten Discounters am Eggeweg 3, welche Immissionsschutz- und Sichtschutzmaßnahmen (Begrünung u. ä.) im Detail vorgesehen seien, wo die Ein- und Ausfahrten liegen und zu welchen Zeiten Anlieferverkehr zugelassen werde.

Frau Schneider antwortet, dass die Fragen mit der Bitte um Beantwortung an das Bauamt weitergeleitet würden.

Herr Brunnert erwähnt gegenüber Frau Brinkmann die Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen.

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 44. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 21.08.2008

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 21.08.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

1. Tischvorlagen

Als Tischvorlagen wurden verteilt:

- Büro des Rates: Gesprächsvermerk vom 10.09.08 über die Besprechung einer Arbeitsgruppe der Bezirksvertretung zum Thema Offene Kinder- und Jugendarbeit (Anmerkung: Das Angebot des Naturkundemuseums richtet sich an Kinder im Alter von 5 bis 12 Jahren)
- Bielefelder Volksbank: Einladung zur offiziellen Eröffnung des Bankmarktes am Sonntag, den 21.09.2008, 11:00 Uhr im Bauernhausmu-

seum

- Schreiben eines Bürgers vom 19.08.2008: Vorschlag zur Einführung einer Nachtbuslinie u. a. durch Bethel
- Amt für Verkehr: Schreiben vom 05.09.2008 zu Fragen von Frau Bezirksvorsteherin Schneider zu Geschwindigkeitsvorrichtungen beziehungsweise -geräten
- Neues Telefonverzeichnis der Stadtverwaltung 2008

2. Beleuchtung Haller-Weg-Brücke

Die Straßenbeleuchtung auf der Haller-Weg-Brücke musste teilweise wegen Durchrostung demontiert werden und wird ersetzt. Nach Auskunft der Stadtwerke Bielefeld handelt es sich um Sonderanfertigungen, die voraussichtlich erst im November geliefert, erneuert aufgestellt und angeschlossen werden können.

3. Quartiershelfer für Gadderbaum

Ab dem 01.10.2008 wird für den Stadtbezirk Gadderbaum voraussichtlich wieder eine Quartiershelferin im Einsatz sein. Vorher findet ein einwöchiges Praktikum statt. Es handelt sich um eine Maßnahme nach § 16 a Sozialgesetzbuch II.

4. Schulleitung Martinschule

Die erneute Wahl zur Neubesetzung der Schulleitungsstelle an der Martinschule soll am 25.09.2008 stattfinden. Die Mitglieder der erweiterten Schulkonferenz aus der Bezirksvertretung Gadderbaum sind dazu bereits eingeladen worden.

5. Teich im Johannistal

Alle bisherigen Versuche, die Ablaufbauwerke für den Teich im Johannistal so abzudichten, dass noch akzeptable Sickerverluste erreicht werden, waren nicht erfolgreich. Das Umweltamt schlägt vor, mit der zuständigen Arbeitsgruppe der Bezirksvertretung Gadderbaum nach den Herbstferien Maßnahmen zu erörtern, um anschließend eine Vorlage für die politischen Gremien formulieren zu können.

6. Neues Spielgerät

Auf dem großen Spielplatz am Ellerbrocks Feld soll ein neues Spielgerät aufgestellt werden. Einzelheiten werden der Bezirksvertretung in der Sitzung am 30.10.2008 vorgestellt.

7. Barrierefreier Zugang zur Martinschule

Das Amt für Schule teilt mit:

Die Martinschule hat seit einiger Zeit den Wunsch, einen rollstuhlgerechten Weg vom Schulgelände zum Hoffnungstaler Weg zu erhalten. Nach Gesprächen mit der Schulleitung hat der Umweltbetrieb (UWB) zwei Pläne erarbeitet. Die Schulleitung, Herr Spiekermann-Rebien, und Vertreter des Kollegiums und der Elternschaft haben sich am 25.08.08 für eine Variante entschieden. Bei der geplanten Maßnahme handelt es sich um den Wegfall der Treppen mit Anhebung des Bodenniveaus, Entfernung des Spielhügels und Weiterführung der Rampe um die dann freie Fläche bis auf den vorhandenen Plattenweg.

Der UWB beabsichtigt, die Arbeiten nach Möglichkeit in den Herbstferien durchführen zu lassen.

-.-.-

Zu Punkt 4

Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Anträge liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 6

StadtParkLandschaft - Erlebnis- und Landschaftspark am Bielefelder Pass

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5522/2004-2009

Herr Frank, Umweltamt, berichtet zur Informationsvorlage. Nachdem sich die Hoffnung auf eine Landesförderung leider nicht erfüllt hätte, wolle man mit der Vorlage verdeutlichen, dass die Idee weiter verfolgt werde. Die Bielefeld Marketing GmbH erarbeite gemeinsam mit dem Umweltamt ein Veranstaltungsprogramm 2009 für die vorhandenen örtlichen Angebote im geplanten Erlebnis- und Landschaftspark. Außerdem werde das Wegleitsystem verbessert und ein Logo entwickelt, um das Gebiet einheitlich zu präsentieren. Ziel sei weiterhin die Einwerbung von erforderlichen Fördergeldern mit Hilfe eines Netzwerkes der Akteure.

Herr Brunnert schlägt vor, die Beschilderung mit GPS-Daten zu versehen, um ein zukunftsfähiges Wegweisersystem zu erhalten.

- Der Sachstandsbericht und die Darstellung der nächsten Umsetzungsschritte werden zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Arbeitsergebnisse werden jeweils in der Lenkungsgruppe vorgestellt; erforderliche Beschlüsse werden zur Beratung in die Bezirke bzw. den Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss gegeben. -

-.-.-

Zu Punkt 7

StadtParkLandschaft - Parkpflegewerk II für den Johannisberg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5523/2004-2009

Herr Frank, Umweltamt, betont, dass es sich zum jetzigen Zeitpunkt lediglich um eine Zielkonzeption handele. Die damit festgelegten Ziele würden erst konkretisiert, wenn die Voraussetzungen dafür vorlägen. Daher seien auch private Flächen in das Konzept integriert, ohne dass dies mit den Eigentümer/innen abgestimmt worden sei. Private Eigentümer/innen würden aber in den Prozess eingebunden, es würde keinesfalls gegen ihren Willen gehandelt. Voraussichtlich im November werde die interessierte Öffentlichkeit durch eine Veranstaltung über die Zielplanung informiert und die Geschichte des Johannisberges lebendig präsentiert. Über die Darstellung, wie der Johannisberg wieder als gesellschaftlicher Treffpunkt attraktiv gemacht werden könne, sollen auch potentielle Sponsoren angesprochen werden. Zur Finanzierung seien auch andere Quellen denkbar, z.B. der Landschaftsverband.

Herr Frank präsentiert einen Band des Parkpflegewerks. Aufgrund der umfangreichen Bestandsaufnahme durch den Landschaftsarchitekten habe man eine gute Übersicht über Artefakte, Wege, Denkmale und die vorhandenen Bäume erhalten, klassifiziert nach heimischen und exotischen Bäumen, wovon einige für die Zeit um 1845 typisch für Anpflanzungen in Parkanlagen gewesen seien. So habe man beispielsweise eine besondere Form des Spitzahorns („geschlitztblättriger Spitzahorn“) entdeckt (über 12 m breit, weit über 100 Jahre alt), der mittlerweile in Mitteleuropa sehr selten sein dürfte. Eine Freistellung von alten und seltenen Bäumen auf dem Johannisberg sei dringend erforderlich. Insgesamt seien drei Problembereiche am Johannisberg festgestellt worden:

- Durch die baulichen Veränderungen des letzten Jahrhunderts ist das historische Erscheinungsbild erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden.
- Die Relikte der historischen Garten- und Parkanlagen drohen immer mehr zu verfallen und müssen gesichert werden.
- Die Sichtbeziehungen zur Stadt und zur Sparrenburg sind zugewachsen und alte Bäume sind durch das Aufwachsen von jungen Bäumen bedroht.

Herr Frank skizziert anschließend die priorisierten Bauabschnittsbereiche anhand eines Planes:

1. Parkbereich vom Haupttreppenaufgang bis zum Kassenhäuschen einschließlich Winzerscher Garten und Erbpachtflächen des Hotels entlang der Stützmauer.
2. Kernbereich des von der Schützengesellschaft genutzten Geländes und des Hotels sowie der Kamm
3. Parkachse (Verlegung der bisherigen Asphaltstraße unter Wegfall

einiger Parkplätze mit Zustimmung des Hotels), Grabelandflächen und Waldspielplatz

Herr Frank macht deutlich, dass die Priorisierung nicht unabänderlich sei, sondern vorrangige Vorhaben eventuell parallel durchgeführt würden. Anschließend geht er auf die kurzfristigen Maßnahmen der Zielplanung im Untersuchungsgebiet ein:

- Freistellen der Sichtbezüge zur Stadt und zur Sparrenburg
- Ausholzung des Unterwuchses zum Schutz des wertvollen alten Parkbaumbestandes
- Sicherung von Kleinarchitekturen und sonstigen Gartenartefakten vor dem weiteren Verfall (z.B. Musikpavillon)
- Verkehrssicherungsmaßnahmen (insbesondere Mauern und Treppen)

Herr Frank stimmt Herrn Brunnert zu, dass es auch gelte, junge Bäume zu erhalten, um Ersatz nach dem Tod der alten Bäume sicher zu stellen. Das Parkpflegewerk treffe dazu Aussagen.

Anschließend geht Herr Frank auf den Beschlusstext der Bezirksvertretung Mitte ein und beantwortet Verständnisfragen.

(Anmerkung: Der Gesamt-Beschluss der BV Mitte vom 04.09.2008 lautet:

1. Die Maßnahmen der Zielplanung des Parkpflegewerkes, ihre Zuordnung zu Bauabschnitten und die Prioritätensetzung werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Realisierung der allgemeinen kurzfristigen Maßnahmen der Zielplanung im Untersuchungsgebiet (S. 2 der Anlage 2)

- Freistellen der Sichtbezüge zur Stadt und zur Sparrenburg

wird zugestimmt.

3. Der Realisierung der folgenden allgemeinen kurzfristigen Maßnahmen der Zielplanung im Untersuchungsgebiet (S. 2 der Anlage 2)

- Verkehrssicherungsmaßnahmen
- Ausholzung des Unterwuchses zum Schutz des wertvollen alten Parkbaumbestandes
- Sicherung von Kleinarchitekturen und sonstigen Gartenartefakten vor dem weiteren Verfall

wird zugestimmt.)

Auf die Frage von Herrn Spilker zu den Materialien für die Wiederherstellungen erwidert Herr Frank, dass man die ursprünglichen Materialien verwenden wolle (z.B. Muschelkalk), um den historischen Charakter der Anlagen zu erhalten.

Herr Spilker und Herr Kögler befürworten, sich dem Beschluss der Bezirksvertretung Mitte anzuschließen.

Herr Brunnert geht auf den in der Vorlage angeführten Vorschlag ein, bei Nachpflanzungen auf Exoten zurückzugreifen, deren Verbreitungsgebiet in den Herkunftsregionen Nordamerika, Kaukasusregion und Mittelmeerraum liege und die vor 1870 bereits in Mitteleuropa eingeführt worden seien bzw. um 1845 modern gewesen seien. Nach seiner Ansicht müss-

ten derartige Kolonialrelikte nicht wieder belebt werden und Nachpflanzungen sollten mit in Mitteleuropa beheimateten Bäumen erfolgen. Exoten seien im Botanischen Garten passend, nicht aber auf dem Johannisberg. Auch der Vorschlag, die jungen Stieleichen in der ursprünglichen Roteichenallee durch Roteichen zu ersetzen finde nicht seine Zustimmung, zumal Stieleichen historisch für dieses Gebiet passend seien. Im Übrigen würden heimische Gehölze den besten Lebensraum für die heimische Tierwelt bieten und damit dem Artensterben entgegen wirken.

Herr Frank gibt zu bedenken, dass die Bäume auf dem Johannisberg Teil einer geschichtlichen Epoche seien. Aus Mitteleuropa stammende Bäume seien auch in anderen Parkanlagen nicht die Regel. So sei diese Stadt mit ausländischen Gehölzen durchsetzt, ohne störend zu wirken. Man müsse differenzieren, ob es sich um einen Parkbereich oder um einen Waldbereich handele, in dem Exoten eher kritisch zu beurteilen wären. Eine Allee wirke im Übrigen nur, wenn sie aus einer Baumart bestehe.

Herr Heimbeck warnt vor dem Aspekt „Neobiota“ (gebietsfremde biologische Arten, die einen geographischen Raum infolge direkter oder indirekter menschlicher Mitwirkung besiedeln, den sie ohne den menschlichen Einfluss nicht hätten erreichen können). Das Signal, fremde Arten unbekümmert anzupflanzen zu können, sollte der Öffentlichkeit keinesfalls gegeben werden. Die geplante Aussichtsplattform mit Biergarten werde sicher stark vom Lärm des Ostwestfalendamms beschallt und sei somit für Außengastronomie ungeeignet.

Herr Frank betont, dass es bereits jetzt in der Stadt mehr exotische Gehölze als einheimische gebe (inklusive Gärten). Kein einziger exotischer Parkbaum habe es geschafft, sich in Deutschland unkontrolliert auszubreiten.

Es findet eine weitere Diskussion zu exotischen Gehölzen aus der Kolonialzeit und zu der Ausgestaltung von Alleen statt.

Auf Nachfrage von Herrn Witte erklärt Herr Frank, dass aufbauend auf eine entsprechende Beschlussfassung ein Finanzierungs- und Umsetzungsplan erstellt werde. Im Wirtschaftsplan des Immobilienservicebetriebes seien 140.000 Euro als Startkapital vorgesehen. Es gelte nun, Ziele zu definieren.

Nach einer weiteren Diskussion, ob es opportun sei, sich dem Beschluss der Bezirksvertretung Mitte anzuschließen, ergeht folgender

Beschluss:

- 1. Den Maßnahmen der Zielplanung des Parkpfliegerwerkes, ihrer Zuordnung zu Bauabschnitten und der Prioritätensetzung gemäß Vorlage wird zugestimmt.**
- 2. Für die Realisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen ist eine Umsetzungs- und Finanzierungsplanung zu erarbeiten, wobei soweit wie möglich die Grünflächenpflege und die Bauunterhal-**

tung der städtischen Betriebe zu integrieren ist.

- bei 4 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Erweiterung der Schulhoffläche der Martinschule

Bezug:

BV Gadderbaum, 08.02.2007, öffentlich, TOP 5.1, Drucksache 2009/3312

BV Gadderbaum, 29.03.2007

BV Gadderbaum, 31.05.2007, öffentlich, TOP 13

BV Gadderbaum, 16.08.2007, öffentlich, TOP 11

BV Gadderbaum, 13.09.2007, öffentlich, TOP 4, Drucksache 2009/4163

BV Gadderbaum, 17.01.2008, öffentlich, TOP 9.3

BV Gadderbaum, 15.05.2008, nichtöffentlich, TOP 16.1

Das Amt für Schule teilt mit Schreiben vom 18.09.2008 mit (als Tischvorlage verteilt):

1) Bebauungsplanverfahren / Straßeneinziehungsverfahren:

Das **Bauamt** teilt mit Datum vom 24.07.2008 den folgenden Sachstand im Hinblick auf das Bebauungsplanänderungsverfahren mit:

„Für die beabsichtigte Verlagerung des Wendehammers der Deckertstrasse und die Ausweitung der neuen Schulhoffläche als Fläche für den Gemeinbedarf (jetzt öffentliche Verkehrsfläche) ist der die Fläche betreffende Bebauungsplan III/1/12.01 zu ändern. Da die Grundzüge der Planung nicht berührt werden, kann das Änderungsverfahren als vereinfachte Änderung gem. §13 BauGB durchgeführt werden.

Das Verfahren beginnt mit der Zusammenfassung von Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss. Voraussetzung für die Einleitung ist – neben der zwischenzeitlich durch den ISB herbeigeführten Einigung mit den betroffenen Eigentümern hinsichtlich der Verlagerung des Wendehammers der Deckertstrasse – das Vorliegen einer abgestimmten Planung für die Neugestaltung der Flächen und eine Aussage über die Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln.“

2) Gestaltung der Fläche:

Der **Umweltbetrieb** hat in der Zwischenzeit geprüft, wie eine Gestaltung der zukünftigen Schulhoffläche aussehen könnte.

Es gab am 26.08.2008 einen Termin mit der Feuerwehr zur Klärung feuerwehrrechtlicher Belange.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass eine Feuerwehrezufahrt als befestigte Fläche bestehen bleiben muss. Im Bereich der Zufahrt sollte ein mind. 3 m breites Tor vorhanden sein, ggf. auch ein zweites im Bereich der Ausfahrt zur Artur-Ladebeck-Strasse, da sich dort die Trafostation der Stadtwerke befindet. Das ehemalige Tor zum Schulgelände muss auf 5 m Durchfahrtsbreite verbreitert werden (ggf. unter Verzicht auf das Tor

selbst, da es zukünftig kein „Außentor“ mehr darstellen wird).

In dem Zufahrtsbereich der Feuerwehr dürfen keine Einbauten aufgestellt werden.

Zusammenfassend bedeutet dies, dass die Deckerstraße in der projektierten Nutzung als Schulhof ihren jetzigen Charakter als befestigte Fläche behalten müsste und nicht mit Spielgeräten bestückt werden dürfte. Es ist im weiteren Verfahren zu prüfen, wie es gelingt, für die Schulnutzung eine ebene Fläche ohne Bordsteinkante zu erhalten (z.B. ob man die Straße anhebt oder den Bürgersteig absenkt). Hierfür sind allerdings weitere Abstimmungen mit dem ISB und den Stadtwerken vorzunehmen, um zu klären, ob das Gebäude dadurch Schaden nehmen würde bzw. ob wegen vorhandener Leitungsführungen Einschränkungen bestehen.

Auch die Ableitung des anfallenden Regenwassers ist im Vorfeld zu bedenken.

3) Votum der Schule:

*Die **Martinschule** hat nach Befragung auch unter den beschriebenen Rahmenbedingungen (ebene, befestigte Fläche ohne Spielgeräte) weiterhin ein starkes Interesse an einer Ausweitung der Schulhoffläche.*

4) Finanzierung:

Die geschätzten Gesamtkosten in Höhe von 80.000,-Euro sind durch den Immobilienservicebetrieb (ISB) im Wirtschaftsplan vorgesehen. Eine „Refinanzierung“ erfolgt durch eine Mietzahlung des Amtes für Schule an den ISB.

Einer Realisierung der Maßnahme steht nun in finanzieller Hinsicht nichts mehr im Wege, so dass die konkreten Arbeitsaufträge an die verschiedenen Fachämter – ein entsprechendes Votum der BV Gadderbaum vorausgesetzt - erteilt werden können.

Herr Ellermann ergänzt, dass das Amt für Schule bezüglich der Schulhofgröße grundsätzlich eine „Sollvorgabe“ von 5 qm je Schüler zu Grunde lege, was in diesem Einzelfall einem Bedarf von 1.800 m² entsprechen würde. Tatsächlich umfasse die Schulhoffläche ca. 2.200 m² und sei somit aus Sicht der Fachverwaltung ausreichend groß dimensioniert. Zudem sei der Schulhof im Zuge des Pavillonersatzbaus vor einigen Jahren gestalterisch aufgewertet worden. Ein zwingender Bedarf zur Ausweitung der Schulhoffläche werde somit nicht gesehen. Hingegen liege der Grundstücksbedarf bei einer rechnerischen Größe von 9.000 m². Das Grundstück umfasse allerdings lediglich 5.815 m².

Nach kurzer Diskussion ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt den schriftlichen Bericht des Amtes für Schule dankend zur Kenntnis. Sie bittet die Fachverwaltung, erforderliche Verfahren zur Änderung des Bebauungspla-

nes und zur Straßeneinziehung in Bezug auf die beabsichtigte Schulhoferweiterung der Martinschule schnellstmöglich einzuleiten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-